

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr p. l. bis 15. Dezember 1924 bei tägl. zweimaliger Zustellung (in Haus 1,20 Goldmark, Postbesoppr. für Monat 12,00 Goldmark, Goldmark) 12,00 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 3) mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklamizeile 150 Pfg., auswärts 200 Pfg. Überlichgebühren 10 Pfg. Annon. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Druckort: Dresden. Verleger: Carl Neubauer. Druck: Carl Neubauer. Postfach 1068 Dresden.

Schriftleitung und Hauptredaktion: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Neudruck & Reichardt in Dresden. Postfach 1068 Dresden.

Der Abschluß der Londoner Verhandlungen.

Die Grundlagen des deutsch-englischen Wirtschafts-Vertrags: Keine unterschiedliche Behandlung. Neue französische Hege gegen die Reichswehr. — Der „Wahlkampf“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Die Frage der 26 Prozent verlagf.

(Durch Rundfunk.)

London, 1. Dez. Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrag sind nach einer „Times“-Meldung am Sonnabend erfolgreich zu Ende geführt worden. Der Wortlaut des Vertrags sei auf einer Grundlage vereinbart worden, wonach Deutschland nicht nur Reichsbegünstigung gewährt, sondern auch gewisse Garantien gegen eine unterschiedliche Behandlung und gegen Einfuhrbeschränkungen gebe. Die britische Regierung übernimmt es dagegen, dem Parlament so bald wie möglich eine Vorlage zu unterbreiten, die die Deutschland auferlegten Beschränkungen beseitigt, so daß keine unterschiedliche Behandlung gegenüber deutschen und anderen Ausländern stattfindet. Der „Times“ zufolge bleibt die Frage der 26prozentigen Abgabe weiterhin offen. Eine Vorlage ist jedoch gefaßt und in Berlin vorgelegt worden, die es der deutschen Regierung gestattet wird, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn dem Reichstag zur Ratifizierung zu unterbreiten und die Abgabefrage einer späteren Regelung zu überlassen. Die britische Regierung hat in dieser Hinsicht ihre Genehmigung geäußert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Handelsverkehr zu erleichtern. Sie wird es jedoch ablehnen, einen Vorstoß in Erwägung zu ziehen, der dem Grundgedanken der Abgabe selbst oder den Bestimmungen des Dawes-Berichts zuwiderläufe. (W.F.B.)

Gewerkschaften und Wirtschaftsverhandlungen.

Marx lehnt die Zuziehung der Gewerkschaften ab. Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“. Berlin, 1. Dez. Wie wir erfahren, hat der Reichsfinanzminister die Gewerkschaften auf ihr Verlangen nach Zuziehung zu den Wirtschaftsvertragsverhandlungen eine ablehnende Antwort erteilt, da diese Zuziehung auch bei den Vertragsgegnern nicht vorgehen sei. Sofern besondere Rechte der Gewerkschaften durch die Verhandlungen berührt würden, werde er die Gewerkschaften rechtzeitig zur Meinungsäußerung auffordern.

Die Notwendigkeit eines handelspolitischen Dawes-Abkommens.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Dez. Auf der Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenwerke in Düsseldorf, nahm der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Böger auch zu den allgemeinen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung. Das Dawes-Gutachten und die Londoner Abmachungen, so führte er aus, seien erst möglich geworden, nachdem die rheinisch-westfälische Industrie den Kampf mit der Welt ausgedehnt habe. Der Dawes-Bericht enthalte nur methodische Richtlinien, aber keine verbindlichen Verpflichtungen abgetragen werden könnten. Es fehle jede Regelung der handelspolitischen Beziehungen, die die Ausfuhrüberschüsse unmöglich erscheinen ließen. Eine zweite Konferenz zur Festlegung eines handelspolitischen Dawes-Abkommens werde unbedingt notwendig werden, das ein fair play nach dem Weltmarkt geben müsse. Einer einheitlichen handelspolitischen Abweisung müßten wir uns widersetzen. Die Regelung der Gesamtschuldfrage in Europa sei nur denkbar, wenn wir die größte Produktionskraft mit allen Mitteln erschöpfen. Hier fehle die Schöpferkraft eines Hugo Stinnes. Die Voraussetzung für eine gute Konjunktur sei das Erstarren der landwirtschaftlichen Produktionen in Europa, besonders in Deutschland. Nicht eine Überverteilung des Exports, sondern eine Erstarfung des Inlandmarktes sei das höchste Ziel. Es gebe für alle stehenden Fragen der europäischen Innen- und Außenpolitik nur eine Lösung: produktiver werden.

Polnische Schutzzölle gegen deutsche Waren.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. Nov. Es wird bestätigt, daß die polnische Regierung für Waren solcher Staaten, mit denen ein besonderes Abkommen nicht besteht, Maximalzölle in Höhe von 10 Prozent einführen wird. Auch für Waren, die bis jetzt zollfrei eingeführt wurden, sollen von nun an diese Maximalzölle gelten. Die Maßnahme richtet sich im wesentlichen gegen Deutschland und bezweckt einen Druck auf die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auszuüben.

Italien und seine Nachbarn.

Von Graf E. v. Hedwiz.

Ähnlich wie in anderen Ländern, hat der Krieg auch in Italien die soziale und dann die politische Struktur des Volkes von Grund auf verändert. Die fortschreitende Industrialisierung des Landes, das Entfachen bedeutender Vermögen auf der einen und großer Arbeiterbeere auf der anderen Seite, die allgemeine Unzufriedenheit, die der Bevölkerung den Krieg zu lang und alle Opfer zu schwer erscheinen ließ und über dem alles ein seniler, unfruchtbarer Parlamentarismus, der zwar herrschte, aber nicht mehr regierte, das alles wirkte zusammen und schuf im Hinterland während des Krieges ein anderes Italien, anders als das, das zu Pfingsten 1915 jubelnd hinausgezogen war. Als dieses dann aus dem Felde zurückkehrte und ihm die rote Welle entgegenbrandete, als nach dem gewonnenen Kriege der „verlorene Friede“ seine verhängnisvollen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zeitigte und die schwachen Regierungen der Kriegsjahre 1919 bis 1922 täglich verlagten, gab die schleichende Revolution die Reaktion der Kriegsteilnehmer, die durch die Unfähigkeit ihrer Gegner großgezogen, im Faschismus ihren Ausdruck fand und ihre Vollendung in dem Marsch nach Rom. Als General Jolitti mit seinen schwarzen Scharen dort einzog, löste sich die kommunistische Partei auf, die Sozialisten retteten sich größtenteils durch die Flucht zum Faschismus, während die Liberalen verängstigt schwiegen.

Der Sieg des neuen Italien über das alte war vollständig, aber nicht gesichert, solange die Faschisten der Nation nicht starke außenpolitische Erfolge präsentieren konnten. Mussolini mußte selbst am besten, daß die faschistische Herrschaft nur dann von Dauer sein konnte, wenn es ihm gelang, sein Wort von der Größe Italiens in die Tat umzusetzen, auch, und besonders Frankreich gegenüber, das in der lateinischen Schwerkammer immer nur ein mehr oder weniger brauchbares Instrument zur Befriedigung seiner Wünsche sah. Wohl konnte Mussolini das Frankreich Poincarés, das alles nur durch seine Brille zu sehen gewohnt war, durch seine Phrasen von der lateinischen Solidarität lange Zeit über seine wahren Ziele täuschen. Nur einen nicht: Camille Barrère, der seit einem Renaissancealter die Republik beim König von Italien vertrat, ließ schon während der Sturm- und Drangzeit des Faschismus in seinen Berichten seinen Zweifel darüber, daß man es mit einer starken nationalen Bewegung zu tun habe und ein faschistisches Italien nicht allein im Mittelmeer gefährlich wäre, sondern auch Frankreichs Machtstellung am Kontinent bedrohen könnte, wo der italienisch-südslawische Gegensatz die kleine Entente gefährden und das 1919 enttäuschte Italien einem wiedererwachenden Deutschland dereinst die Hand reichen könnte. So schlossen sich Frankreich und die Slawenstaaten enger zusammen. Sollte das französische Bündnis mit Tschechen und Polen zur Einkreisung Deutschlands dienen, so konnte das französisch-südslawische Bündnis nur gegen Italien gerichtet sein. Schon wollte Frankreich den alten Antagonismus zwischen Rom und Athen beseitigen, um den Ring um Italien im Osten zu schließen als Mussolinis Gegenaktion einsetzte. Der Schlag gegen Korfu zwang Griechenland zum Nachgeben, und Belgrad beugte sich, unter dem Eindruck der griechischen Niederlage zum Abschluß des Freundschaftsvertrages mit Rom, der tatsächlich das Ende der französischen Einkreisungspolitik gegen Italien bedeutete. Alles, was nachher folgte, so insbesondere die Bemühungen Beneß um die Genua Italiens, waren nur Rückzugsgestecke, die letzten Endes der Liquidierung der französischen Nachkriegspolitik gegen Italien dienen sollten.

Doch dieser Erfolg Mussolinis konnte weder Italien noch das Ausland darüber hinwegtäuschen, daß die faschistische Außenpolitik schon bei Korfu gescheitert war, als sie auf den offenen Widerstand der Mächte stieß. Nicht als ob man das Sabeltafeln der Franzosen irgendwo ernst genommen hätte, die dem alten Faschis, der damals eben in Paris weilte, gleich einen General auf die Heimreise mitgab. Für Italien lagen die Dinge ernsther, seit auch Großbritannien offen gegen Mussolinis Politik Stellung genommen hatte. Die englisch-italienische Freundschaft ist so alt wie Italien selbst, und wurde von beiden Seiten stets mit besonderer Sorgfalt gepflegt, von Italien zur Abwehr der französischen Uebergriffe, die sich seit der Tunisstrife ständig wiederholten, Großbritannien zur Stärkung seiner Mittelmeerstellung derselben Macht gegenüber, die den Plan, diese See zu einem lac francis zu machen, niemals aufgegeben hat. Mit Rücksicht auf die geographische Lage Italiens und die französisch-italienischen Gegensätze hat die Konflikte niemals gewagt, die Freundschaft zu trüben, und die Männer des Palazzo Chigi konnten das neue Italien keine anderen Wege führen. Auch Mussolini mußte seine Politik den Wünschen der härtesten Seemacht des Mittelmeeres anpassen. Nicht Frankreich und dessen Vasallenstaaten, sondern Englands Widerstand hat die aktive italienische Außenpolitik zur Umkehr bestimmt und damit auch in der inneren Politik des faschistischen Italien einen Kurswechsel vorbereitet.

Mussolini mußte die Erfolge, deren seine Partei zur Erhaltung ihrer Herrschaft bedurfte, nun auf dem Gebiete der inneren Politik suchen und wollte die Verlöschung und Einkreisung Italiens unter dem faschistischen Banner, die ihm eine ständige Außenpolitik bringen sollte, auf parlamentarischem Wege erreichen. Doch zu weit waren die inneren Gegensätze schon geblieben und zu gut hatte Mussolinis großer Widerstand, Barrère, vorgearbeitet, um die beiden Italien im Interesse Frankreichs einander zu entfremden. Barrère, der vor 27 Jahren weniger wegen seiner diplomatischen Fähigkeiten

Das interalliierte Schuldenproblem.

Die alliierte Finanzministerkonferenz verschoben.

(Durch Rundfunk.)

London, 1. Dezember. Wie die „Times“ meldet, wird die Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris über die Verteilung der Einkünfte der Ruhrbesetzung sowie über die Anwendung des Dawes-Berichts in diesem Jahre nicht mehr stattfinden. Sie ist bis zum Ende der ersten Januarwoche verschoben worden, um den Sachverständigen mehr Zeit zu geben, den vereinbarten Bericht vorzubereiten. Wie bereits gemeldet, wird nicht erwartet, daß Churchill bei dieser Konferenz auf eine sofortige Erörterung der Frage der interalliierten Schulden drängen werde. Es könne sehr angenommen werden, daß die französische Regierung selbst in der Frage der französischen Schulden an die amerikanische Regierung herantritt, um bessere Zahlungsbedingungen, als die Großbritannien im Jahre 1922 gewährten, für sich zu erhalten. Die Franzosen wünschten nicht nur eine Verminderung der Zinsen, sondern auch Zugeständnisse hinsichtlich der Rückzahlung des Kapitals.

Deutschlands Zahlungen und Frankreichs Rückzug von der Ruhr.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 1. Dez. Pertinax befaßt sich im „Echo de Paris“ mit der Frage der interalliierten Schulden und meint, England würde sich wohl damit einverstanden erklären, daß die Bezahlung der französischen Schulden irgendetwas von den Zahlungen Deutschlands aus dem Dawes-Plan abhängig gemacht würde. Die Vereinigten Staaten jedoch hätten sich diesen Gesichtspunkt noch nicht zu eigen gemacht. Pertinax gibt dann einen historischen Ueberblick über die verschiedenen Verhandlungen zur Regelung der interalliierten Schulden und kommt weiter auf die jüngsten Verhandlungen zwischen Mellon und Jufferand zu sprechen. Frankreich soll ein Moratorium von einigen Jahren unter Vereinfachungen hinsichtlich der Verzinsung und Amortisation erhalten. Selbst bei einem Ansatze von 2 Prozent werden sich die jährlichen Kosten für Frankreich auf 1/2 Milliarden Franken belaufen. Dadurch würden sämtliche Gelder, die Frankreich von Deutschland zu erwarten habe, aufgezehrt. Die Schulden der Vereinigten Staaten dürften jedoch nicht mit einer gewöhnlichen kommerziellen Schuld auf eine Stufe gestellt werden. Früher oder später müsse man doch den Kern dieser Frage berühren, daß nämlich die Schulden zugunsten der gemeinsamen Sache gemacht worden seien. Frankreichs Stellung in diesen Verhandlungen wäre wesentlich stärker gewesen, wenn es noch das Ruhrgebiet in der Hand gehabt hätte. (1)

Eine neue faulstidiche französische Lüge.

Frankreich sucht nach Vorwänden zur Nichträumung der Aöliner Zone.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 1. Dez. Das „Echo de Paris“ befaßt sich in einem längeren Artikel erneut mit den Gefahren der Räumung der Aöliner Zone. Am Hand einer Karte weist das Blatt darauf hin, daß der Rest Aölns die Herrschaft über die Eisenbahnverbindungen des ganzen Rheinlandes bedeuete. Die Lage der französischen Besatzungstruppen nach der Räumung Aölns würde eine außerordentlich ungünstige sein. Das Blatt wiederholt in diesem Zusammenhang die alten Behauptungen, daß das Reich über eine vollkommen ausgerüstete Armee (1) verfüge und daß es in der Lage sei, beim ersten Signal 250 000 Reichswehr- und Schupooldaten, die vollständig in Mobilbereitschaft ständen, an das linke Rheinufer zu werfen. Das Blatt erklärt weiter, daß gewisse Führer der Reichswehr und der geheimen Organisationen an einen Ueberfall auf französische Truppen gedacht hätten, dies jedoch infolge persönlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Deekt und Tirpitz unterblieben sei. Unsere englischen Freunde müssen es sich also zweimal überlegen, fährt das Blatt fort, bevor sie Aöln räumen, denn dadurch kommt Deutschland wieder an die Grenze eines Landes, das es bereits einmal überfallen hat. (1)

Die Absicht einer derartigen französischen Tendenzmeldung ist klar, und die Meldung über einen angeblichen Ueberfall deutscher Truppen eine so handgreifliche, plumpe Lüge, daß sie wohl nirgends Glauben finden wird. Höchstens gewisse deutsche pazifistische Kreise, deren geistige Einstellung der des Herrn v. Berka entspricht, werden sich so stellen, als ob sie sie ernst nähmen.

Deutschland als Aufmarschgebiet des Völkerbundes.

Stockholm, 29. Nov. Zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund schreibt „Östereborgs Handels-Tidning“: Deutschland ist entwaffnet, während seine Gegner bis an die Zähne bewaffnet sind. Wäre Deutschland als Völkerbundsmittglied verpflichtet, unter gewissen Umständen einen Durchmarsch fremder Truppen zu gestatten, so könnte das Land leicht Kriegsopfer werden. Man kann es daher der deutschen Reichsleitung wahrhaftig nicht verdenken, wenn sie sich davor bewahrt, unter diesen Bedingungen die Mitgliedschaft im Völkerbund zu erkröben, auch wenn damit ein Zug im Völkerbundrat verbunden wäre. Soll Deutschland dieselben Verpflichtungen wie andere Mächte übernehmen, so müßte es auch gleiche Rechte genießen. Solange es aber in einer Straflasse steht, ist es unnützig, von ihm gleiche Leistungen wie von anderen Staaten zu fordern. (W.F.B.)